



**Bei der Abschiebung von Albanern kennt die nds. Landesregierung keine Gnade
Innenministerium ignoriert Appelle der UNMIK und des UN-Flüchtlingskommissars
Bundestags-Entschließung vom 30.06.2000 nur heiße Luft?
Flüchtlingsrat fordert Aussetzung von Abschiebungen ins Kosovo über den Winter**

Morgen soll die albanische Familie Jashari (Vater, Mutter und 5 Kinder) aus Königslutter im Landkreis Helmstedt in das Kosovo abgeschoben werden. Weder die anhängige Petition beim Deutschen Bundestag noch eine Eingabe beim niedersächsischen Innenministerium vermochten bislang etwas zu ändern. Auch die Appelle des Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen wurden in den Wind geschlagen. Auf Biegen und Brechen will die Landesregierung Abschiebungen von Albanern in das Kosovo weiterführen und dabei auch auf die Bitten des Deutschen Bundestags keine Rücksicht nehmen, wenigstens Alte, Kranke, Minderheiten und weitere Problemgruppen vorerst weiterhin zu dulden. Diese Linie sei zwischen den Innenministern so abgesprochen, teilte das nds. Innenministerium uns gestern mit. Der Niedersächsische Flüchtlingsrat verurteilt diese inhumane und rücksichtslose Politik und fordert von der niedersächsischen Landesregierung die Aussetzung von Abschiebungen in das Kosovo wenigstens über den Winter.

Die Familie Jashari stammt aus dem serbisch dominierten Nordteil der Stadt Mitrovica. Der UN-Flüchtlingskommissar hat mit Schreiben vom 28.4.2000 darauf hingewiesen, dass Kosovo-Albaner, die aus diesem Gebiet stammen, im Fall ihrer Rückkehr in das Kosovo dort zu Binnenvertriebenen würden. Deshalb hat sich UNHCR gegen Abschiebungen von albanischen Flüchtlingen aus Mitrovica ausgesprochen. Eine Auffangstruktur für Familie Jashari in Form von Verwandten, bei denen sie vorübergehend Zuflucht suchen könnten, oder von Notaufnahmeeinrichtungen besteht nicht. Für zwei Familienangehörige liegen chronische Erkrankungen vor, deren Weiterbehandlung unter den gegebenen Voraussetzungen im Kosovo kaum möglich erscheint.

Die UNMIK hat im Oktober 2000 die Regierungen der europäischen Aufnahmeländer in Anbetracht des bevorstehenden Winters dringend aufgefordert, „Abschiebungen und erzwungene Rückkehr entweder deutlich zu verlangsamen oder vorläufig auszusetzen“. Wörtlich heißt es in dem Appell: „Speziell Personen, von denen bekannt ist, dass ihnen nach der Rückkehr keine Unterkunft zur Verfügung stehen wird, sollten während der Wintermonate, in denen keine Bauarbeiten durchgeführt werden können, nicht in das Kosovo zurückgeführt werden.“

Der Deutsche Bundestag hatte bereits am 30. Juni 2000 mit einer Entschließung die Bundesregierung einstimmig aufgefordert, Minderheiten von einer Ausreiseaufforderung auszunehmen, „deren Heimat früher oder erst heute mehrheitlich von einer anderen Ethnie bewohnt wird, die sich gegen die Rückkehr dieser heutigen Minderheit wehrt“. Auch für Kranke hat der Bundestag am 30.6.2000 eine Aussetzung von Abschiebungen in das Kosovo verlangt. Offenbar stellt die Bundestagsentschließung für die Innenminister von Bund und Ländern nur heiße Luft dar.

Die harte Linie bei Abschiebungen drückt sich auch in Zahlen aus: Bis zum Ende September 2000 wurden rund 4.600 Flüchtlinge aus der Bundesrepublik zwangsweise in das Kosovo abgeschoben, aus Niedersachsen waren es bis dahin 254. Lediglich die kleine Schweiz hat mit 3.900 Abschiebungen im gleichen Zeitraum ähnlich hohe Abschiebungszahlen zu bieten. Dagegen wird aus an-

deren Ländern kaum abgeschoben: Nur 24 Abschiebungen sind aus den Niederlanden und ganze 6 aus Österreich gemeldet (Quelle: UNHCR).